

Bezugs-Preis

In der Hauptpostlinie oder deren Abzweigstellen abzahlt: vierzigpfennig A 240, bei täglich zweimaliger Auflistung im hand vierzigpfennig A 2. Durch einen aufwändigen Umgebautes und durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich vierzigpfennig A 450, für die übrigen Länder laut Postauskunft.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Buchhändlern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
Johannstraße 8,
Telephon Nr. 118, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 62.
Telephon 1, Nr. 1275.

Nr. 442.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Eduard hat anlässlich der Tauffeierlichkeiten in Berlin sehr herzliche Telegramme an Kaiser Wilhelm und den Kronprinzen gesandt.

* Ein russisches Geschwader, bestehend aus den Linienschiffen „Sokarewitsch“ und „Slawo“, sowie dem Kreuzer „Sogatz“ trifft heute in Kiel ein. Die Schiffe werden zusammen mit dem schwedischen und dänischen Geschwader in Kiel anstauden sein.

* In Wien beginnen am 4. September die Verhandlungen des Vereins deutscher Eisenbahnenverwaltungen. (S. Ausl.)

Politische Tagesschau.

Leipzig, 31. August.

Die Bezugspflicht der Abgeordneten.

Im der „Deutschen Reichszeitung“ prägte der bekannt Staatsrechtsschreiber Prof. Baudiss die Frage der Bezugspflicht der Abgeordneten, die durch die Belehrung verschiedener Reichstagssitzender, daß über die Quellen ihrer im Parlament vorgebrachten Mitteilungen zu den Mitgliedern in der Kolonialverwaltung vor Gericht vernehmen zu lassen, allzu gewesen ist.

Baudiss ist der Ansicht, daß die Abgeordneten zwar genug Recht zu der Reichsverfolgung vor gerichtlicher oder diplomatischer Verfolgung gestellt, nicht aber berechtigt haben, das Gesetz zu verteidigen. Durch die Vernehmung als Zeuge werde der Abgeordnete nicht gerichtlich verfolgt, er werde nicht über seine Rechenschaft, sondern über seine Rechtmäßigkeit einer Tatsache Auskunft zu geben. Was würde die moralische Verpflichtung des Abgeordneten zur Bezugspflicht nicht die logische Konsequenz des Abgeordneten der Bezugspflicht werden, wenn die logische Konsequenz des Abgeordneten gestellt, wohl aber würden die Verlegerungen der Amtsvorwürfe seitens der Beamten, die Entfernung von Ältern, die verleumderische Beleidigung und manche andere Verbrechen und Vergehen einen indirekten Schutz gegen Strafverfolgung haben. Es besteht kein schädlicher Grund, Abgeordneten von der Erfüllung einer Pflicht zu entbinden, welche allen anderen Personen obliegt, und welche im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung unentbehrlich sei. Darüber, ob gegen den die Anklage verweisenden Abgeordneten die Zeugungspflicht zulässig sei, spricht Baudiss, ebenso wie aus. — Auch hinsichtlich des Durchsetzung der Pflicht eines Abgeordneten kommen nach seiner Meinung keine weiteren rechtlichen Gesichtspunkte in Betracht wie hinsichtlich der Bezugspflicht. Kein Geist verleiht den Reichstags- oder Landtagsabgeordneten in dieser Beziehung ein Privilegium, auch daß in Sachen des Abg. Erbgerber eine Durchsetzung im Reichstagsschluß zu einer Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt war, stattgefunden hat, sei ohne Erheblichkeit. Nach der Geschäftsführung für den Reichstag § 62 steht dem Präsidenten des Reichstags die Handhabung der Polizei im Spiegelsaal und in den Auditorien zu; dadurch werde er nicht für das Reichstagsgebäude eine Art von Territorialität gegenüber den Staatsbehörden begründet. Die Geschäftsführung sei kein Gesetz und kann die Strafverfolgung nicht abändern oder ergänzen; sondern sie eine gerichtliche Durchsetzung sein als der Polizei; endlich kann der Präsident die Polizei nicht handhaben zu einer Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt ist und der

Präsident weder Pflicht noch Veranlassung hat, im Reichstagsschluß anwesend zu sein.

Soweit die Ausschüsse behandeln. Sie müssen juristisch stichhaltig sein. Politisch sind sie nicht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Verpflichtung der Abgeordneten, Zeugen abzulegen vor den Ausschüssen seiner Wissenschaft, den Zweck der ihm verfassungsmäßig verliehenen Immunität beeinträchtigen muß. Was man dem Amt und dem Geistlichen zugestellt, das Recht der Bezugspflichtverlegerung über Ding, die ihnen als Vertrauenspersonen aus ihrem Beruf willen entzogen werden mögen, muß auch dem Vertreter des Volkes im Parlament zugestellt werden, der die höchste Vertrauensstellung einnimmt, die das Volk zu vergeben hat. Es ist kaum Sache des Parlaments, sich gegen eine Bezugspflichtung seiner Vertreter auf dem Wege der Gesetzgebung zu wälzen, wenn die gegenwärtige Gesetzgebung hierzu nicht ausreichend erlaubt wird.

Beispiel zur Präsidentschaftswahl in Nordamerika.

Die Zahl der Bewerber um das Erbe Roosevelt ist bereits recht stattlich angewachsen. Doch Bryan, der Kandidat der demokratischen Partei sein wird, ist bereits seit langem bekannt; er hat auch wohl, wenn anders sein republikanischer Gegner durch die Empfehlungen des gegenwärtigen Präsidenten nicht allzu sehr unterlegen wird, gegen Woot den Ball sein, der als persönlicher Freund des Präsidenten sein volles Vertrauen hat und bei Jahren so besonders schwierigen und bedeutsamen Missionen, wie eben jetzt zu einem Besuch der südamerikanischen Staaten, eingesetzt wird. Neben ihm kommt zunächst der Südstaatler W. C. Gannon in Betracht, der, unter dem Namen „Uncle Joe“ bekannt, ein außerordentlich populärer Patriot ist und gegenwärtig im Repräsentantenhaus das Amt des Vorsitzenden bekleidet. Als republikanische Kandidaten werden leider angenommen der Vizepräsident Curtis, der Schuhflicker von Idaho, zum mindesten, Gouverneur des Staates Iowa, und endlich der Bürger Charles E. Hughes, der sich durch die Ausführung der Enquête über die Unterwerfungsgeschäfte einen angesehenen und bekannten Namen gemacht hat. Die engere Entscheidung dürfte auf republikanischer Seite zwischen Woot und Gannon fallen. Sicht erfreut die persönliche Freundschaft und Einfluss Theodore Roosevelt, seit Seite, so kann leichter auf die Unterstützung der Trusts rechnen, denn er weiß, daß die Zustimmung des amerikanischen Trustwesens gereicht. Selbst Roosevelt sieht sich eine von übertriebenen Sorgen jenseits und der Wohlthat des Banans nicht dienlich.

Dieser Weitheit der präsumtiven Kandidaten steht auf demokratischer Seite Bryan so gut wie allein gegenüber. Denn W. R. Eaton, der neuerdings als sein Rebenbücher gewählt wurde, ist doch politisch zu anrüchten, als daß er als ernsthafter Bewerber um den Präsidentschaftssitz in einem Staatswahlkreis, das an die gerade und legale Wahl Roosevelt gewidmet ist, in Betracht kommen könnte.

Bryan hält es fälschlich, daß seine Stellung in Bezug auf einige wesentliche Fragen zu präzisieren. Er kündigt natürlich eine energische Kampf gegen die Trusts und die Geldberatheit an und wird hiermit ohne Zweifel Eindruck auf die große Masse des Volks machen.

Er scheint sich ferner an die Sache einer Bewegung zu stellen, die internationale Differenzen durch Friedens-

vereinbarkeit regelt. Wir erhalten über seine Ausführungen die nachfolgenden Telegramme:

* New York, 30. August. Der demokratische Präsidentenkandidat Bryan hält bei einem aus Anlass seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Beilegung inter-

nationaler Streitigkeiten sei im Nachen begonnen. Wenn Amerika den Abschluß eines allgemeinen Vertrages vorschlägen würde, wonach Streitigkeiten der Haager Konferenz oder einem anderen Schiedsgerichtshof zu unterbreiten sind, so würde eine Reihe von Staaten sich geneigt finden, den Vertrag beizutreten. Der Rektor bezeichnete im weiteren Verlauf seiner Rede die Trusts gezielt als die brennendste und thwang als Mittel zur Besserung der augenblicklichen Lage vor, daß die Geschäftsführer durch die Bundesregierung zu konfessionieren seien und daß der Präsident ermidrigt sein solle, auf eine förmliche Worte zu jehen, die mit den von mir Trusts bezeichneten konkurrieren. Er brachte die Hoffnung aus, daß die Trusts mit der Wurzel ausgerottet würden. In der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen möchte Bryan den Vorfall der Bahnstrecke für Eisenbahnen und die Bundesregierung solle die Hauptlinien und die Einzelstrecken die lokalen Minen übernehmen. Zum Schluß erklärte er, die Zeit sei gekommen, um die Unstabilität zu kürzen, welche die Kraft des Volkes ausmache.

* New York, 31. August. Bryan sprach in seiner Schlusserklärung für Eisenbahnen und die Bundesregierung, auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zu stimmen möge. Der Großgrundbesitz sei ein Glück für Europa, aber ein Kinderspiel gegenüber der Verderblichkeit der Trusts.

Über seine Hinwendung zur Silberwährung, die schon

seitdem eine Niederlage als Präsidentenwahlkandidat verhinderte, hat sich Bryan vorsichtigerweise nicht auszusprechen.

In eigener Sache.

In der letzten Sitzung der Zwidsauer Stadtverordneten ist u. a. der Bericht des Leipziger Tagesschau über das Fürstentrichen und den damit verbundenen Festzug zur Sprache gebracht worden. Beantwortet wurden zwei Stellen des Berichts, deren eine sich damit beschäftigte, daß der Festzug nicht programmäßig verlaufen sei, und deren andere erwähnte, mon gehe jetzt in Zwidsau den tierstieglenden Brillen nach, warum der König den Fuchs nicht begewohnt habe. Das Stadtverordnetenkollegium hat in einer Entschließung den letzten Bassus entschieden mitbilligt und die Ansicht ausgesprochen, daß diese in bestechender und gefährlicher Weise geführt wurden durch nichts begründete Verdächtigungen dazu angezettelt sind, daß Zwidsau noch außen hin zu schädigen. Der Stadtverordnetenvorsteher beantragte noch einen, gleichfalls einstimmig angenommenen Satz, in dem das Kollegium dem Oberbürgermeister, gegen den sich die Spule des Tagesschau-Kritikels richtet, sein vollstes Vertrauen zu seiner Amtsführung aussprach.

Wir haben zunächst zu bemerken, daß wir unserem Berichtsteller nur seiner Entsendung und der stärkste Objektivität zur Pflicht genutzt haben. Unser Berichtsteller hat in der Tat diese Objektivität in seiner für uns erkennbaren Weise verlegt. Die Vermängelung eines kleinen Teiles des Berichts steht in seinem Verhältnis zu der ausführlichen und lebhaften Anerkennung, die der Berichtsteller über das Gelingen des Tages zum Ausdruck gebracht hat. Was den Bassus über die Abwesenheit des Königs anlangt, so haben wir darin keine Spur gegen den Oberbürgermeister erbliden können; vielmehr hat uns unser Berichtsteller versichert, daß er lediglich auf die Realität zweier großer Nachbarstädte Zwidsau habe hingewiesen und damit sagen wollen, daß der übermalige Königreich wohl unterblieben sei, um diese Städte nicht zurückzufügen.

Die Redaktion konnte daraufhin an dem Inhalte des Berichts keinen Anstand nehmen. Mit den Leitern von Zeitungen und Zeitungen getroffen werden. Das Gemeinschaftskollegium will nach dem „Allz. Anz.“ die Angelegenheit auf dem Instramontweg durchsetzen.

* Das Abhängigkeits-Gesetz. Ein Privattelegramm aus Dortmund meint: Sämtliche nach Deutschland liegenden böhmisches und böhmischen Wirtschaftsunternehmen haben alle Währungsformen um 2 f. pro Liter erhöht. Weitere Preissteigerungen werden angekündigt.

* Der Fleischmarkt. Der Verein der Fleischhersteller Berlin-Ost-West hat, wie die „Deutsche Fleischzeitung“ meldet, beschlossen, mit den anderen Fleischhersteller-Vereinen,

sowie mit den Gastwirten gemeinsam in den nächsten Tagen in Berlin eine große Pressekonferenz gegen die hohen Fleischpreise einzuberufen.

* Nachruf der Botschaftsfrage. Bekanntlich hat das Reichsgericht im Gegensatz zu seiner Entscheidung vom 20. April 1904 den Botschafts- und ausgedehntesten Maße ebenso wie zu läßlich erklärt, wie die Aufhebung dagegen. Das aufstellende Urteil dazu steht, was dem Exzess „Allz. Anz.“ aus Eisenach berichtet wird. Danach hat das Groß-Sächs. Landgericht den das Eisenacher Gewerkschaftskollegium 16 gewerblichen Verbänden unter Anwendung einer Geldstrafe bis zu 1500 f. im Wege der Strafverfolgung verboten, einzeln oder gemeinschaftlich zum Befolgen von Gastwirtschaften u. a. aufzufordern, eine Kontrolle über diese zu üben, Bezeichnisse der diplomatischen Wirkungsstätten zu entfernen und Plakate zu veröffentlichen oder in Versammlungen zu verlesen, wie überhaupt öffentliche Aufrufungen zu geben, in denen über den Befreiung von Sozialen, bzw. das Trinken einzelner Wirtschaften beklagt werden. Das Gewerkschaftskollegium will nach dem „Allz. Anz.“ die Angelegenheit auf dem Instramontweg durchsetzen.

* Die Abhängigkeits-Gesetz der Kriegervereine. Wie uns ein

Privattelegramm aus Dortmund meint, hat der Kriegerverein Schwerte in seiner letzten Generalversammlung die Reform des Unterhaltungswesens mit großer Mehrheit abgelehnt. Auf diese Ablehnung ist jetzt allen Reserveoffizieren amtlich die Weisung erteilt worden, bis zum 6. September aus dem Verein auszutreten. Man leistet unserer Freiheit durch ein solches Vergehen den Kriegervereinen einen überaus schlechten Dienst, denn nur

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Freitag 31. August 1906.

Anzeigen-Preis

Die Gebühren für Beispiele für Druck und Umlauf 25 Pf. Familien-, Wohnungs-, Güter-Anzeigen, sowie Ans- u. Werbetafel 20 Pf. (Güter- und Vermögens 20 Pf.) für aufwärts 30 Pf.

Einzelne Anzeigen u. Geschäftsanzeigen an bevorzugte Orte nach bestemma. Kosten 10 Pf.

Wer das Geschäft an bestimmten Tagen u. Orten wird seine Garantie übernehmen.

Anzeigen und Werbetafeln aus in der Morgen-Blätter Schluß der Ausgabe nachmittags 4 Pf.

Früheren Ausgaben: Augustausgabe 8, die Johanngeorgs.

Ganzseitiges Werbetafel Berlin:

Carl Dunder, Herg.-Brot, Hofschänke,

Hofstraße 10

Telephon VI, Nr. 4603.

Ganzseitiges Werbetafel Dresden, Marienstr. 24.

100. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* König Eduard hat anlässlich der Tauffeierlichkeiten in Berlin sehr herzliche Telegramme an Kaiser Wilhelm und den Kronprinzen gesandt.

* Ein russisches Geschwader, bestehend aus den Linienschiffen „Sokarewitsch“ und „Slawo“, sowie dem Kreuzer „Sogatz“ trifft heute in Kiel ein. Die Schiffe werden zusammen mit dem schwedischen und dänischen Geschwader in Kiel anstauden.

* In Wien beginnen am 4. September die Verhandlungen des Vereins deutscher Eisenbahnenverwaltungen. (S. Ausl.)

Politische Tagesschau.

Leipzig, 31. August.

Die Bezugspflicht der Abgeordneten.

Im der „Deutschen Reichszeitung“ prägte der bekannt Staatsrechtsschreiber Prof. Baudiss die Frage der Bezugspflicht der Abgeordneten, die durch die Belehrung verschiedener Reichstagssitzender, daß über die Quellen ihrer im Parlament vorgebrachten Mitteilungen zu den Mitgliedern in der Kolonialverwaltung vor Gericht vernehmen zu lassen, allzu gewesen ist.

Baudiss ist der Ansicht, daß die Abgeordneten zwar genug Recht zu der Reichsverfolgung gestellt, nicht aber berechtigt haben, das Gesetz zu verteidigen. Durch die Vernehmung als Zeuge werde der Abgeordnete nicht gerichtlich verfolgt, er werde nicht über seine Rechenschaft, sondern über seine Rechtmäßigkeit einer Tatsache Auskunft zu geben. Was würde die moralische Verpflichtung des Abgeordneten der Bezugspflicht werden, wenn die logische Konsequenz des Abgeordneten der Bezugspflicht gestellt, wohl aber würden die Verlegerungen der Amtsvorwürfe seitens der Beamten, die Entfernung von Ältern, die verleumderische Beleidigung und manche andere Verbrechen und Vergehen einen indirekten Schutz gegen Strafverfolgung haben. Es besteht kein schädlicher Grund, Abgeordneten von der Erfüllung einer Pflicht zu entbinden, welche allen anderen Personen obliegt, und welche im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung unentbehrlich sei. Darüber, ob gegen den die Anklage verweisenden Abgeordneten die Zeugungspflicht zulässig sei, spricht Baudiss, ebenso wie aus. — Auch hinsichtlich des Durchsetzung der Pflicht eines Abgeordneten kommen nach seiner Meinung keine weiteren rechtlichen Gesichtspunkte in Betracht wie hinsichtlich der Bezugspflicht. Kein Geist verleiht den Reichstags- oder Landtagsabgeordneten in dieser Beziehung ein Privilegium, auch daß in Sachen des Abg. Erbgerber eine Durchsetzung im Reichstagsschluß zu einer Zeit, in welcher der Reichstag nicht versammelt war, stattgefunden hat, sei ohne Erheblichkeit. Nach der Geschäftsführung für den Reichstag § 62 steht dem Präsidenten des Reichstags die Handhabung der Polizei im Spiegelsaal und in den Auditorien zu; dadurch werde er nicht für das Reichstagsgebäude eine Art von Territorialität gegenüber den Staatsbehörden, das an die gerade und legale Wahl Roosevelt gewidmet ist, in Betracht kommen.

Dieser Weitheit der präsumtiven Kandidaten steht auf demokratischer Seite Bryan so gut wie allein gegenüber. Denn W. R. Eaton, der neuerdings als sein Rebenbücher gewählt wurde, ist doch politisch zu anrüchten, als daß er als ernsthafter Bewerber um den Präsidentschaftssitz in einem Staatswahlkreis, das an die gerade und legale Wahl Roosevelt gewidmet ist, in Betracht kommen könnte.

Bryan hält es fälschlich, daß seine Stellung in Bezug auf einige wesentliche Fragen zu präzisieren. Er kündigt natürlich eine energische Kampf gegen die Trusts und die Geldberatheit an und wird hiermit ohne Zweifel Eindruck auf die große Masse des Volks machen.

Er scheint sich ferner an die Sache einer Bewegung zu stellen, die internationale Differenzen durch Friedens-

vereinbarkeit regelt. Wir erhalten über seine Ausführungen die nachfolgenden Telegramme:

* New York, 30. August. Der demokratische Präsidentenkandidat Bryan hält bei einem aus Anlass seiner Rückkehr ihm zu Ehren abgehaltenen großen Meeting eine Rede folgenden Inhalts: Die Stimmung zugunsten der friedlichen Beilegung inter-

nationaler Streitigkeiten sei im Nachen begonnen.

Wenn Amerika den Abschluß eines allgemeinen Vertrages vorschlägen würde, wonach Streitigkeiten der Haager Konferenz oder einem anderen Schiedsgerichts-

hof zu unterbreiten sind, so würde eine Reihe von Staaten sich geneigt finden, den Vertrag beizutreten.

Der Rektor bezeichnete im weiteren Verlauf seiner Rede die Trusts gezielt als die brennendste und thwang als Mittel zur Besserung der augenblicklichen Lage vor, daß die Geschäftsführer durch die Bundesregierung zu konfessionieren seien und daß der Präsident ermidrigt sein solle, auf eine förmliche Worte zu jehen, die mit den von mir Trusts bezeichneten konkurrieren.

<div data-bbox

Centrale: Brühl 75/77 und Goethestr. 9.
Abteilung Becker & Co., Hainstr. 2.
Zweigstellen: Dresden, Altenburg,
 Annaberg, Bautzen, Chemnitz, Gera, Greiz,
 Grimma, Markranstädt, Oschatz, Zittau.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Aktienkapital: 80 Millionen. Reservekapital: ca. 38 Millionen.

Vermittelung aller bankgeschäftlichen Transactionen.

Leipzig: Weitstrasse 41 und Zeitzer Strasse 24.
 Leipzig-Gohlis: Äußere Hallesche Str. 61.
 Leipzig-Lindenau: Carl Heine-Strasse 54.
 Leipzig-Lindenau: Markt 18.
 Leipzig-Nordstadt: Eisenbahnstrasse 75.
 Leipzig-Biednitz: Dresdner Strasse 25.

Bemerkung bei allen u. Preislisten: **W.** Die Ausgaben haben bestimmt. — Die Verkäufe sind
 aktive, welche die Aktien der mit einem "W" beschrifteten Börsen, Börsen, w. Aussch. (W.A.) oder
 Aktien, welche die Börsen nicht verkaufen, wenn sie nicht zu den Börsen gehörten, haben bestimmt.

Leipziger Kurse vom 31. August.

Depositen-
kassen:

Kohlenaktien u. Prioritäts-

Deutsche Fonds.		verige	heutige	Ausg. 1. Sept.	verige	heutige	ausg. 1. Sept.	Deutsche Aktien.	verige	heutige	ausg. 1. Sept.	Deutsche Aktien.	verige	heutige	ausg. 1. Sept.
Gold, Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	Landesbank, Berlin	100,000	100,000	100,000	Landesbank, Berlin	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Post-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Post-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000	de. Polizei-Akt.	100,000	100,000	100,000
St. P. Gold-Int.	100,000	100,200	100,200	—	—	—	—								

